Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7168**

16. Wahlperiode 14. 11. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5117 –

Die Bedrohung der Meeresumwelt durch Unterwasserlärm stoppen

A. Problem

Wegen des immer stärker werdenden anthropogenen Unterwasserlärms in Meeren nimmt die Gefährdung von Meeressäugern weltweit zu. Anthropogener Lärm kann zu physischen Schädigungen von Meeressäugern (z. B. Gehörschäden) und zu Verhaltensveränderungen führen. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. dazu aufgefordert werden,

– nationale Maßnahmen gegen anthropogenen Unterwasserlärm zu ergreifen und sich konsequent für internationale Maßnahmen gegen den Unterwasserlärm einzusetzen;

– anthropogene Aktivitäten, die Unterwasserlärm verursachen, insbesondere in Schutzgebieten und hoch frequentierten Aufenthaltsgebieten von Cetacea-Arten und anderen geschützten Arten nicht mehr zu genehmigen;

– die seismischen Untersuchungen im Naturschutzgebiet „Doggerbank“ sofort zu unterbinden, um die dort lebenden streng geschützten Schweinswale zu schützen;

– die Resolution des Europäischen Parlaments zu den Umweltauswirkungen von aktiven leistungsstarken militärischen Sonaranlagen – P6 TA (2004) 0047 vom 26. Oktober 2004 – national und europaweit umzusetzen;

– die Forschung über Umweltauswirkungen leistungsstarker Sonarsysteme zu intensivieren und Vermeidungsstrategien zu entwickeln.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5117 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Christoph Pries
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Christoph Pries, Angelika Brunkhorst, Eva Bulling-Schröter und Undine Kurth (Quedlinburg)

I.

Der Antrag auf **Drucksache 16/5117** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Wegen des immer stärker werdenden anthropogenen Unterwasserlärms in Meeren nimmt die Gefährdung von Meeressäugern weltweit zu. Anthropogener Lärm kann zu physischen Schädigungen von Meeressäugern (z. B. Gehörschäden) und zu Verhaltensveränderungen führen. Mit dem im April 2007 eingebrachten Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

– nationale Maßnahmen gegen den anthropogenen Unterwasserlärm zu ergreifen und sich während und nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der G8-Präsidentschaft für internationale Maßnahmen gegen den Unterwasserlärm einzusetzen, um einen Beitrag zum Schutz der Meeresumwelt, insbesondere der Delfine und Wale, zu leisten;

– anthropogene Aktivitäten, die mit Unterwasserlärm verbunden sind, insbesondere in Schutzgebieten und hoch frequentierten Aufenthaltsgebieten von Cetacea-Arten und weiteren geschützten maritimen Arten nicht mehr zu genehmigen;

– dafür Sorge zu tragen, dass außerhalb von Schutzgebieten mit Unterwasserlärm verbundene anthropogene Aktivitäten nur noch in Verbindung mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung, einer räumlichen und zeitlichen Koordinierung der Aktivitäten und nicht zu Beginn der Reproduktionszeit der Meeressäuger sowie nur mit Unterstützung von wirkungsvollen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen und in einem adäquaten Abstand zu den Schutzgebieten stattfinden können;

– die seismischen Untersuchungen im Naturschutzgebiet „Doggerbank“ zu unterbinden, um die dort lebenden streng geschützten Schweinswale zu schützen;

– im Vorfeld des G8-Gipfels auf die Regierung der USA dahingehend einzuwirken, dass von Schiffen der US-Marine, die zur Bewachung des G8-Gipfels in Heiligendamm (6. bis 8. Juni 2007) vorgesehen sind, Mittelfrequenzsonare nicht eingesetzt werden;

– sich mit Nachdruck für die europaweite Umsetzung der Resolution des Europäischen Parlaments zu den Umweltauswirkungen von aktiven leistungsstarken militärischen Sonaranlagen – P6 TA (2004) 0047 vom 26. Oktober 2004 – einzusetzen und diese in Deutschland so schnell wie möglich umzusetzen;

– die Forschung über Umweltauswirkungen leistungsstarker aktiver Sonarsysteme und weiterer Unterwasserlärm verursachender Aktivitäten auf die Meeresumwelt, insbesondere auf alle Cetacea-Arten (Wale und Delfine), zu intensivieren, die daraus resultierenden Forschungsergebnisse zu bewerten und Grenzwerte für Schallemissionen festzulegen;

– die Forschung über und die Entwicklung und Erprobung von geeigneten und wirkungsvollen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie Vergrämungs- und Warnsignalen zu intensivieren und die Ergebnisse der Forschung möglichst schnell anzuwenden;

– die Forschung und insbesondere die industrielle Entwicklung im Bereich von Alternativmethoden von leistungsstarken aktiven Sonarsystemen zu stärken;

– dem Bundestag in jeder Legislaturperiode einen aktuellen Bericht zum Stand nationaler Maßnahmen gegen anthropogenen Unterwasserlärm vorzulegen;

– unter anderem im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und der G8-Präsidentschaft sowie als Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Schutz der Biologischen Vielfalt Anstrengungen zu unternehmen, um geschützte Meeresflächen in Gewässern der EU und angrenzenden Meeresgebieten auf hoher See einzurichten und den Ausweisungsprozess des internationalen maritimen Schutzgebietsnetzes zügig voranzubringen.

III.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5117 abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5117 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5117 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5117 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5117 abzulehnen.

IV.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 16/5117 in seiner 48. Sitzung am 24. Oktober 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass ihr Antrag vom April 2007 hinsichtlich der auf die Vorbereitung des G8-Gipfels zielenden Forderungen nicht mehr aktuell sei. Es gehe darum, dass die Bundesregierung Maßnahmen ergreife, um den anthropogenen Unterwasserlärm insbesondere in Schutzgebieten einzuschränken. Man wisse, dass der Unterwasserlärm stetig zunehme. Insbesondere Meeressäugetiere litten darunter. Sie machten sich ein akustisches Bild von ihrer Umgebung und verständigten sich über große Distanzen mit Hilfe von Schallwellen. Es seien immer wieder Strandungen von Meeressäugern zu beobachten, welche mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf Unterwasserlärm zurückzuführen seien. Vor diesem Hintergrund seien Maßnahmen bei den Lärm verursachenden Quellen wie dem Schiffsverkehr, den Bauarbeiten bei Pipelines und Offshore-Anlagen, der maritimen Erdöl- und Gasförderung, der Sand- und Kiesgewinnung und den militärischen Sonaren notwendig. Konkret seien z. B. die seismischen Untersuchungen im Naturschutzgebiet Doggerbank zu unterlassen, weil sie die dort lebenden streng geschützten Schweinswale bedrohten. Der Lebensraum der Schweinswale werde wissentlich gefährdet. Lärmaktivitäten im Unterwasserbereich müsse man künftig generell einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterziehen. Zudem solle die Resolution des Europäischen Parlaments zu den Umweltauswirkungen von aktiven leistungsstarken militärischen Sonaranlagen vom Oktober 2004 so schnell wie möglich in nationales deutsches Recht umgesetzt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass das Thema des Unterwasserlärms auch ihr ein wichtiges Anliegen sei. Deswegen hätten die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD die vorliegende Problematik bereits in einem eigenen Antrag vom 27. März 2007 zum Walschutz (Drucksache 16/4843) aufgegriffen, der vom Bundestag angenommen worden sei. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei abzulehnen, da er teilweise zu pauschal formuliert und nicht mehr aktuell sei. So würden darin u. a. die Einstellung der seismischen Untersuchungen in der Doggerbank sowie ein Einwirken auf die Regierung der USA, um den Einsatz von mit leistungsstarken militärischen Sonaren ausgerüsteten amerikanischen Schiffen im Rahmen des G8-Gipfels zu unterbinden, gefordert. Diese Forderungen seien hinfällig – zum einen, weil die Untersuchungen in der Doggerbank bereits abgeschlossen seien und es nunmehr um die Auswertung der Ergebnisse gehe, und zum anderen, weil der G8-Gipfel bereits im Juni 2007 stattgefunden habe. Soweit sich der Antrag auf die EU-Ratspräsidentschaft beziehe, sei er ebenfalls nicht mehr aktuell. Darüber hinaus seien die zwölf Forderungen an die Bundesregierung insgesamt zu pauschal formuliert. So sei die Forderung, anthropogenen Unterwasserlärm in Schutzgebieten und in hoch frequentierten Aufenthaltsgebieten von geschützten maritimen Arten nicht mehr zu genehmigen, zu weit gefasst. Würde man nämlich dieser Forderung zustimmen, so wäre eine Genehmigung von Offshore-Windparks in wesentlichen Bereichen der Nord- und Ostsee ausgeschlossen. Der erste Offshore-Windpark sei in der Amtszeit des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), zur Genehmigung vorbereitet worden. Im Anschluss daran seien genau in den genehmigten Gebieten FFH-Schutzgebiete ausgewiesen worden. Schließlich habe man die Raumplanung durchgeführt, die richtigerweise zu Beginn hätte erfolgen müssen. Wer sich – wie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – auf der einen Seite für den Ausbau regenerativer Energien und somit beispielsweise auch für den Bau von Offshore-Windparks einsetze, dürfe nicht auf der anderen Seite eine derart pauschal formulierte Forderung aufstellen.

Der Antrag enthalte aber auch positive Ansätze. Hierzu gehöre die Forderung, die Forschung bezüglich der Umweltauswirkungen von Unterwasserlärm zu intensivieren, und die Forderung, die Forschung über und die Entwicklung und Erprobung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie Vergrämungs- und Warnsignalen auszubauen. Gerade Vermeidungs- und Vergrämungsmaßnahmen zeigten, dass es sehr wohl möglich sei, unterschiedliche Aktivitäten im Meeresbereich miteinander in Einklang zu bringen. Auch mit dem Thema Umweltverträglichkeitsprüfung werde man sich – auch im Rahmen der Raumplanung – beschäftigen müssen. Hierbei bedürfe es einer konkreten Prüfung der Auswirkungen auf die Meeresökologie. Auch müsse man das Thema Unterwasserlärm verstärkt in der EU-Meerespolitik – z. B. im Rahmen des am 10. Oktober 2007 vorgelegten Aktionsplans und dem sog. Blaubuch sowie im Rahmen der EU-Meeresstrategie-Richtlinie – diskutieren.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass das Problem des Unterwasserlärms fraktionsübergreifend seit langem bekannt und grundsätzlich wenig umstritten sei. Das sei auch in der Plenardebatte zum Walschutz am 10. Mai 2007 deutlich geworden, bei der sich der Bundestag einstimmig für einen verbesserten Schutz der Wale ausgesprochen habe. Der damals angenommene Antrag enthalte u. a. die Forderung an die Bundesregierung, sich für konkrete Maßnahmen zum verbesserten Schutz aller Walarten vor negativen anthropogenen Einflüssen, wie z. B. Verschmutzung, Beifang oder Lärm, einzusetzen. Die Fraktion der SPD unterstütze diese Forderung, sehe aber auch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer „Technischen Anweisung Unterwasserlärm“ auf nationaler Ebene und im Rahmen völkerrechtlich bindender Vereinbarungen auf internationaler Ebene. Deshalb begrüße die Fraktion der SPD die Forschungsförderung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) auf diesem Gebiet, damit die dringend notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen für fundierte Standards gelegt werden könnten. Zudem begrüße man den Einsatz des BMU und des Bundesamtes für Naturschutz, mit dem in konkreten Fällen die Lärmbelastungen heimischer Wale minimiert worden seien. So hätten beim G8-Gipfel amerikanische Kriegsschiffe den Einsatz von Sonaranlagen vermieden. Einige Forderungen des Antrags seien insofern bereits erfüllt worden. Die Fraktion der SPD hoffe, dass auf der Grundlage der aktuellen wissenschaftlichen Forschung

so bald wie möglich konkrete Verbesserungen bei der Lärmbelastung von Walen, insbesondere des heimischen Schweinswales, erreicht werden könnten. Man unterstütze das BMU bei seinen Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, dass der Konsultationsprozess zu dem Thema auf EU-Ebene – z. B. zur EU-Meeresstrategie-Richtlinie und im Rahmen des Grünbuches Meerespolitik – vorangetrieben werden solle. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei – wie bereits dargelegt – teilweise veraltet. Die Fraktion der FDP versuche, einen Brückenschlag zwischen Schutz und Nutzung der Meere zu erreichen. Sie habe zu dem Thema im Februar 2007 einen umfassenden Antrag mit dem Titel „Schutz und Nutzung der Meere – Für eine integrierte maritime Politik“ (Drucksache 16/4418) vorgelegt und zur Vorbereitung dieses Antrags einen „Meereskongress“ veranstaltet, an dem Naturschützer und ausgewiesene maritime Fachleute teilgenommen hätten. Auch dort sei das Problem der Offshore-Windparks behandelt worden, die einerseits erwünscht seien, deren mögliche Auswirkungen auf die Umwelt – insbesondere bezüglich der Lärmverursachung – andererseits jedoch genau beobachtet werden und gegebenenfalls Grundlage für Gegenmaßnahmen sein müssten. Der Fraktion der FDP sei bewusst, dass der Einfluss seismischer Ortungssysteme und Tests teilweise bedenklich sei und eine Vielzahl von Meeressäugern hierdurch stark beeinträchtigt werde (z. B. die Schweinswale in der Ostsee). Sowohl die Forderung in dem Antrag, die Forschungsanstrengungen zu verstärken, als auch die Forderung, die Forschung sowie die Entwicklung und Erprobung von Vermeidungs- und Vergrämungsstrategien zu intensivieren, unterstütze die Fraktion der FDP nachdrücklich. Obwohl der Antrag weitere gute Ansätze aufzeige, werde sie sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Es sei nämlich nicht praktikabel, dass nach dem Antrag für eine Vielzahl von anthropogenen Aktivitäten im Meer eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen werden solle.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, dass der Antrag trotz zwischenzeitlich teilweise überholter Forderungen in der Sache richtig sei. Die vorgetragenen Einwände der anderen Fraktionen seien nicht überzeugend, da diese sich im Kern ebenfalls für einen größeren Schutz vor Unterwasserlärm einsetzten. Letztlich gehe es darum, wirksame Maßnahmen gegen die Bedrohung der Meeresumwelt zu ergreifen. Leider sei dies bislang nicht geschehen. Insbesondere die Koalitionsfraktionen seien aufgerufen, nunmehr entsprechende Initiativen zu ergreifen. Hierbei sei besonders die Forderung hervorzuheben, die Resolution des Europäischen Parlaments zu den Umweltauswirkungen von aktiven leistungsstarken militärischen Sonaranlagen in Deutschland möglichst schnell umzusetzen und insbesondere den transparenten Umgang mit militärischen Daten, die im Zusammenhang mit Strandungen von Walen und Delfinen stünden, zu gewährleisten. In der Vergangenheit sei in der Kieler Bucht TNT gesprengt worden, was u. a. Unterwasserlärm zur Folge gehabt habe. Zwar gebe es dort zurzeit keine Sprengungen, jedoch stelle sich – gerade im Hinblick darauf, dass es sich um ein wichtiges Überwinterungsgebiet für Meeressäuger handele – die Frage, wie die vorhandenen Altlasten gefahrlos entsorgt werden könnten.

Der Vertreter der Bundesregierung führte aus, dass das Thema Unterwasserlärm sehr ernst zu nehmen sei und es insgesamt einer intensiveren Befassung mit der Veränderung von Meeressystemen bedürfe. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates für Umweltfragen insbesondere über Versauerungs- und Erwärmungsprozesse sei ein Alarmsignal gewesen. Vielfach bestünden zwar rechtliche Rahmensetzungen, jedoch würden die betreffenden Vorschriften nicht hinreichend eingehalten. Das BMU führe derzeit Forschungsaufträge zum Thema Unterwasserlärm durch. So habe man z. B. einen Auftrag über die Lärmbelästigung im Zusammenhang mit Offshore-Windanlagen vergeben. Die von der Fraktion DIE LINKE. erwähnten Minenräumungen in der Kieler Bucht seien zumindest vorerst gestoppt. Das BMU werde an das Bundesministerium der Verteidigung herantreten, um die Frage abschließend zu klären.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/5117 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2007

Ingbert Liebing Berichterstatter	**Christoph Pries** Berichterstatter	**Angelika Brunkhorst** Berichterstatterin
Eva Bulling-Schröter Berichterstatterin	**Undine Kurth (Quedlinburg)** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333